

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1927

118 (8.7.1927)

Erscheinungstag
mit Ausnahme der Feiertage.
Bezugspreis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Auswärtigen frei ins Haus monatlich Goldmark 1.50
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/8 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 11
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung gegr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentliche Beilagen: *Mode und Heim* • *Der Kolbold* • *Neue Illustrierte* • *Landwirtschaftliche Beilage*

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.
Gründchrift im Anzeigen- und Fertteil ist frei.
Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Verurteilung erlischt.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Bank-Konto:
Verrechnungsbank Sinsheim
c. G. m. b. H.

N. 118.

Freitag, den 8. Juli 1927.

88. Jahrgang

Wettrüsten statt Abrüstung?

Vor Abbruch der Genfer Konferenz.

London, 7. Juli. Nach hiesigen zuverlässigen Informationen aus Genf erwartet man künftighin den Abbruch der Flottenabrüstungskonferenz, da England nach dem gestrigen Kabinettsrat auf der Kreuzer-Mindesttonnage von 500 000 Tonnen besteht, während der amerikanische Kompromißvorschlag 400 000 Tonnen vorsetzt, den Japan heute ablehnte, da Japan sich nur auf 1250 000 Tonnen, die der ursprüngliche amerikanische Vorschlag vorsah, einlassen will.

New York, 7. Juli. Angesichts des kritischen Stadiums, in das die Genfer Verhandlungen während der letzten 24 Stunden geraten sind, messen die hiesigen Blätter der Konferenz zwischen Staatssekretär Kellogg und dem englischen Botschafter Howard, welche gestern im Staatsdepartement stattfand, die größte Bedeutung bei. Howard kehrte unmittelbar nach Beendigung der Besprechung mit Kellogg nach Manchester in New-Hampshire, dem offiziellen Sommerort des englischen Botschafters, zurück, von wo er gekommen war. Ueber den Zweck des Besuchs, der nicht angekündigt worden war, wurde kein amtlicher Kommentar ausgegeben. Kurz vor dem überraschenden Eintreffen des englischen Botschafters ließ Kellogg jedoch wissen, daß er die Verhandlungen noch nicht als gefährdet ansehen könne und daß er begründete Hoffnung habe, daß England nach einer Weile schweren Nachdenkens nicht nur in der Frage der Kreuzertonnage, sondern auch in der Frage der Zerstörer und U-Boote nachgeben werde. Dieser Optimismus des Staatsdepartements wird in der Öffentlichkeit kaum mehr geteilt. Es besteht hier der Eindruck, daß selbst ein Kompromiß von 400 000 Tonnen Kreuzertonnage die Vereinigten Staaten und auch Japan zwingen würde, ein umfangreiches Bauprogramm durchzuführen, womit die Erwartungen, die man an die Konferenz knüpfte, in ihr Gegenteil verkehrt würden. Auch die dem Senat nahestehenden Kreise erblicken in den genannten Quoten geradezu eine Stimulanz für ein weiteres Wettrüsten. Die Vereinigten Staaten verfügen einschließlich der bewilligten und noch nicht gebauten Schiffe über eine Kreuzertonnage von ungefähr 300 000 Tonnen, wovon ein großer Teil aber veraltet und kriegstechnisch nahezu wertlos ist. Wenn in Genf ein Kompromiß von 400 000 Tonnen zustande käme und die Vereinigten Staaten die eigene Quote unter Ausschließung der alten Schiffe erzielen wollten, müßte dem Kongress eine Flottennovelle von mindestens 350 000 Tonnen vorgelegt werden. Es besteht keinerlei Wahrscheinlichkeit, daß der Senat mit einem Bauprogramm von derartigen Dimensionen sich befassen wird. Die Marinekreise in Washington können sich keine Erklärung darüber geben, warum England mit derartigen Hartnäckigkeit an dem Kreuzerprogramm festhält. Die Behauptung, daß die Ausdehnung der Handelsrouten der englischen Flottenpolitik zugrunde liegt, findet wenig Glauben. Man befürchtet vielmehr, daß trotz Völkerbund und Friedensgesetzen wieder einmal das europäische Gleichgewicht auf dem Spiele steht.

U-Boote legale Kriegswaffen.

Frankreich und die Abrüstungskonferenz.

Paris, 7. Juli. In einem Presseinterview äußerte sich der Marineminister zu der Seeabrüstungs-Konferenz in Genf. Er

stellte nochmals als Haltung Frankreichs gegenüber dieser Konferenz fest, daß Frankreich nicht mehr verlange, als es in Washington erhalten habe, daß es aber entschlossen sei, das dort Erreichte unter allen Umständen zu bewahren. Der Minister bezeichnete es als tendenziöse Propaganda, wenn man das U-Boot als eine illoyale Waffe hinstelle, die es zu beseitigen gelte. Das U-Boot sei genau so loyal oder illoyal, wie jedes andere Kampfmittel, es komme nur auf die Anwendung an. Im übrigen stellte der Minister fest, daß von gewisser Seite im Ausland versucht würde, Frankreichs Marinegeltung herabzudrücken. Vor dem Kriege — das dürfe nicht vergessen werden — habe Frankreich mit seiner Kriegsmarine vor den Vereinigten Staaten und vor Japan rangiert. Allerdings sei es stark zurückgeblieben, weil die Pflichten der Landesverteidigung alle anderen Sorgen in den Hintergrund geschoben haben.

Frankreichs neue Armee.

Paris, 6. Juli. Das neue französische Rekrutierungsgesetz, das die Kammer augenblicklich im Eilzugstempo durchspricht, und das voraussichtlich noch im Laufe dieser Woche zur Beratung gelangen wird, bildet die administrative Basis für die bereits in dem Gesetz über die Reorganisation der Armee festgelegte Reduktion der aktiven Militärdienstzeit auf ein Jahr. Der Zeitpunkt ihres Inkrafttretens wird jedoch von der vorherigen Durchführung aller in den verschiedenen Gesetzesnovellen enthaltenen technischen Vorbedingungen abhängig gemacht. Dazu gehört vor allem die Erhöhung der Zahl der Berufssoldaten, die sich heute auf 70 000 Mann beläuft, auf 106 000 Mann und die, da sie nach Ansicht aller Fachleute voraussichtlich auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen wird, die einjährige Dienstzeit zunächst sehr problematisch macht. Die Effektivstärke der französischen Armee wird durch diese Form um 110 000 Mann vermindert. Nach dem neuen Gesetz wird sich die französische Armee künftig wie folgt zusammensetzen: 240 000 Mann der aktiven Jahreshesklasse, 90 000 Eingeborenen aus den nordafrikanischen Protektorsgebieten, 85 000 Eingeborenen aus den übrigen Kolonien und 106 000 Berufssoldaten. Dazu kommen die Gendarmen und die republikanische Garde in Stärke von 40 000 Mann, die 18 000 Ausländer der Fremdenlegion und 11 000 Mann der afrikanischen Strafbataillone, insgesamt 590 000 Mann. Die wichtigste organisatorische Neuerung, die das Rekrutierungsgesetz enthält, ist die Schaffung einer besonderen Reserve, der die gebildeten Mannschaften nach der Entlassung aus der aktiven Armee noch drei Jahre lang angehören sollen. Sie wird in dem Gesetz als disponibillite bezeichnet. Die zu ihr gehörenden Mannschaften sollen jederzeit mobilisierungsbereit sein und können, ohne daß dazu eine allgemeine Mobilisierung notwendig wäre, durch einfaches Regierungsdekret zur Auffüllung der aktiven Bestände auf Kriegsstärke eingesetzt werden. Diese Neuerung stellt unzweifelhaft einen Versuch dar, die Bestimmung der Völkerbundsatzung zu umgehen, wonach jedes Land verpflichtet ist, vor der Verhängung der allgemeinen Mobilisierung die Intervention des Völkerbundes anzurufen.

Wolkereise. Der Minister forderte Ausbau und Rationalisierung der Wolkereibetriebe, Standardisierung und Typisierung, durchgreifende Verbesserung der Absatzverhältnisse und umfassende Propaganda unter der Bevölkerung zur Steigerung des Konsums. Der Minister erklärte weiter, daß er sich zur durchgreifenden Anwendung dieser Maßnahmen mit dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister in Verbindung gesetzt habe, die bereit seien, aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge eine Summe zur Verfügung zu stellen. Der Minister betonte dann noch, daß zwischen dem Reichswirtschaftsminister und ihm nicht die geringsten Zweifel darüber bestehen, daß eine Imparität zwischen Industrie und Landwirtschaft vorhanden sei, die beseitigt werden müsse. Nach weiterer Aussprache wurden die kommunikativen Anträge und Entschließungen abgelehnt, ebenso 15:12 Stimmen die Entschließung Dr. Weisfeldts (Sozialdemokrat), jetzt von der Zollerhöhung abzugehen und im Herbst eine neue Vorlage einzubringen, entsprechend den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz. Mit derselben Mehrheit wurden auch die anderen Anträge der Demokraten und Sozialdemokraten auf Zollermäßigungen oder Zolländerungen abgelehnt.

Die deutschen Reichswehroffiziere bei den englischen Luftmanövern

Berlin, 8. Juli. Gegenüber Kommentaren, die sich an die Anwesenheit deutscher Reichswehroffiziere in England während der dortigen Luftmanöver geknüpft haben, wird an zuständiger Stelle daran erinnert, daß bereits im Vorjahr deutsche Offiziere den dortigen Manövern beigewohnt haben. Die englischen Luftmanöver vollziehen sich nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sondern haben im Gegenteil einen stark propagandistischen Wert. Die Reichswehroffiziere, die sich als Privatpersonen in Zivil nach England begeben haben, sind von dem englischen Militärattaché in Berlin dazu aufgefordert worden. Ihr Besuch in England entbehrt selbstverständlich jeder aktuellen politischen Bedeutung.

Frankreichs Empörung

London, 7. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ bezeichnet die Aufregung der Franzosen über die Anwesenheit deutscher Offiziere bei den kürzlichen Luftmanövern in Hendon als völlig unangebracht. Die Offiziere seien Zuschauer gewesen in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen. Wenn britische Offiziere oder Zivilisten oder Vereine sich veranlaßt fühlten, die Deutschen einzuladen, so sei das eine Angelegenheit, die die britische Regierung nicht angehe. Keinem Lande, das eine Armee besitze, könne man es verwehren, ein, wenn auch notwendigerweise platonisches Interesse zu nehmen an irgend welchen militärischen Dingen.

Die „Bolonte“ für ein deutsches Kolonialmandat

Paris, 8. Juli. Die linksstehende „Bolonte“ erklärt zur Frage der Zuerteilung eines Mandates an Deutschland, wenn es möglich sei, nachharn ein Kolonialmandat zuteilen, so sei es in Frankreichs Interesse, sich nicht zu widersetzen. Es sei viel besser, wenn sich die deutschen Expansionskräfte, die man nicht endlos werde niederhalten können, sich ferneren Ländern zu richteten, als daß sie sich nach den nächsten Nachbarn wendeten. Man wende dagegen ein, daß die deutschen Wünsche auf die „gerechten“ Forderungen Italiens stießen. Das sei wohl richtig, aber die italienischen Absichten seien keineswegs legitimer als die Pläne Berlins, im Gegenteil, da Deutschland ein ausfuhrfähiges Land sei, wogegen Italien nicht einmal die ihm anvertrauten Gebiete zu bewirtschaften wisse. Der Eintritt Deutschlands in die Mandatskommission widerspreche keiner Vereinbarung. Wenn man die Zusammensetzung der Kommission betrachte, müsse man sagen, daß es nicht sein dürfte, daß diese ein Syndikat der Mandatsmächte und gleichzeitig Richter und Partei seien. Der Eintritt Deutschlands in die Kommission sei von diesem Gesichtspunkte aus zu begrüßen.

Französische Brückenschlagsübungen am Rhein.

Mitte Juli werden bei Mainz Pioniertruppen auf dem Rhein zwischen dem rechten Ufer und der Petersau ungefähr 150 Meter bergwärts der Kaiserbrücke Brückenschlagsübungen ausführen. Die Schiffsahrt erleidet durch diese Übungen empfindliche Störungen.

Die oberschlesischen Schulprüfungen.

Berlin, 6. Juli. Nachdem von polnischer Seite über das bisherige Ergebnis der Schulprüfungen in Oberschlesien Zahlen veröffentlicht worden sind, die ein schiefes Bild ergeben, kann festgestellt werden, daß von den nahezu 1600 Schülern, die sich im Schulstreik befanden, die polnischen Behörden nur etwa 400 zur Prüfung ausgesucht haben. Von diesen 400 hat der Schweizer Pädagoge Maurer 225 Kinder für die polnischen Schulen bestimmt. Wenn nun von polnischer Seite daraus geschlossen wird, daß 60 Prozent der Kinder demnach für die polnischen Schulen in Frage kämen, so muß erwidert werden, daß die polnischen Behörden von den 1600 Kindern 1200 zur Prüfung zulassen nicht gewagt haben. Wenn von den übrigen 400 Kindern 225 Kinder den polnischen Schulen zugewiesen worden sind, so handelt es sich insgesamt nicht um 60, sondern um 16 Prozent der Kinder.

Für und wider einen Mandatsitz Deutschlands

Paris, 8. Juli. Der Vertreter der T. U. hatte Gelegenheit in diplomatischen Kreisen in Paris die Stellungnahme der interessierten Regierungen zu der Frage der Zuerteilung eines Sitzes in der Mandatskommission an Deutschland zu erfahren. Obgleich die Frage des deutschen Sitzes während der letzten Ratstagung nicht offiziell behandelt wurde, war sie dennoch Gegenstand eines unverbindlichen Meinungsaustausches zwischen den in Genf anwesenden

Der Streit um den Nationalfeiertag.

Der Reichsrat stimmt für den 11. August.

Berlin 8. Juli. Der Reichsrat beschäftigte sich gestern Abend auf Antrag Preußens mit dem Gesetzentwurf auf Schaffung eines Nationalfeiertages. In der Abstimmung, die auf Antrag Bayerns namentlich erfolgte, wurden die Vorschläge des Ausschusses auf Einführung eines Nationalfeiertages am 11. August mit 42 gegen 25 Stimmen angenommen. Für den Nationalfeiertag stimmten mit der preussischen Staatsregierung die Provinzen Stadt Berlin, Posen-Westpreußen, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinland und die Staaten Sachsen, Baden, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Anhalt, Bremen, Lippe-Deimold, Lübeck und Waldeck. Der Vertreter der Provinz Oberschlesien blieb wiederum der Abstimmung fern. Mit derselben Mehrheit wurde in namentlicher Abstimmung die von Bayern beantragte Erklärung des Gesetzes zum verfassungsändernden Gesetz abgelehnt. Der Reichsrat erledigte dann noch eine Reihe von kleineren Vorlagen.

Nach längerer Aussprache nahm im Rechtsauschuß Reichsinnenminister v. Kaudell das Wort. Er wies darauf hin, daß die Frage, ob der Verfassungsfeiertag an einem Sonntag oder am 11. August zu feiern sei, keine Klärung gefunden habe. Die Reichsregierung werde geäußerten Wünschen entsprechend bei den Länderregierungen von Sachsen und Baden Erkundigungen darüber einziehen, ob die gesetzliche Festlegung des 11. August als Feiertag zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten geführt habe. Auch bezüglich des Schutzes des Kirchenfeiertages werde die Regierung Nachprüfungen vornehmen. Die Reichsregierung bringe dem gesamten Feiertagsproblem vollstes Verständnis entgegen und würde es lebhaft begrüßen, wenn diese Frage bei allen Beratungen möglichst wenig parteimäßig behandelt werde, um auch den Gedanken einer wirklichen Volksgemeinschaft zu fördern.

Das Kriegsgerätegesetz angenommen

Berlin, 8. Juli. Im Reichstag wurde gestern das Kriegsgerätegesetz in namentlicher Schlußabstimmung mit 349 gegen 44 Stimmen bei acht Enthaltungen angenommen. Präsident Ebe stellte fest, daß die Bedingungen für die Annahme eines verfassungsändernden Gesetzes erfüllt seien. Geschlossen gegen das Gesetz stimmten die Kommunisten, die Bolschewiken und die Nationalsozialisten.

Erhöhung des Zuckerzollens

Berlin, 8. Juli. Im handelspolitischen Ausschuß des Reichstages wurde die Erhöhung des Zuckerzollens mit 16 gegen 10 Stimmen der Linken angenommen, ebenso die Ernähigung der Zuckerversteuerung einstimmig. Annahme fand noch ein sozialdemokratischer Antrag, die Steuerrückzahlung nicht nur Großhändlern, sondern auch großen Kleinhandlern, z. B. Konsumvereinen zugute kommen zu lassen. Die Verlängerung des Saarabkommens mit Frankreich und des Weißbegünstigungsabkommens mit Paraguay wurden vom Ausschuß genehmigt.

Der Reichspostminister besteht auf Portoerhöhung

Berlin, 8. Juli. Im Haushaltsauschuß des Reichstages wurde gestern das Verhältnis des Reichspostkommissars zur Reichspostverwaltung besprochen. Reichspostminister Dr. Schädel begründete nochmals eingehend die Notwendigkeit der sofortigen Gebührenerhöhung. Grundsätzlich erklärte der Minister, daß er Anleihen aufnehmen wolle, aber nur als verbundene Anlagen. Er erklärte sich bereit, mit dem Reichspostkommissar eine Vereinbarung über eine Durchprüfung der Verhältnisse der Reichspost zu treffen. Reichspostkommissar Sämisch erklärte, daß bereits Besprechungen über die Angelegenheit mit der Reichspost im Gange seien.

Reichsminister Schiele über landw. Rationalisierung

Berlin, 7. Juli. Im handelspolitischen Ausschuß des Reichstages wurde heute die Zollvorlage weiter beraten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Silberding bezeichnete einen Kartoffelzoll als sinnlos, da der Inlandspreis sich nach der inländischen Produktion richte und ein Weltbedarf nach deutschen Kartoffeln nicht bestehe. Wenn jetzt wo der Kartoffelpreis 180 Prozent des Friedenspreises betrage, Zollerhöhungen beschloßen würden, so würde die sozialdemokratische Fraktion im Plenum deren Suspendierung fordern.

Reichsernährungsminister Schiele betonte, daß in erster Linie die Produktion durch Rationalisierung gefördert werden müsse. Besondere Aufmerksamkeit verdiene hierbei das

Wintern. In Pariser englischen diplomatischen Kreisen wird berichtet, daß Chamberlain sich von vornherein für die Zuerücknahme eines Sitzes in der Mandatskommission an Deutschland ausgesprochen hätte, und zwar bereits zu einer Zeit, als der letzte Völkerbundsrat noch nicht zusammengetreten war. Er sei aber auf starken Widerstand von Seiten der Dominions, insbesondere Australiens und Südafrikas gestoßen, die durch den Friedensvertrag von Versailles deutsche Kolonien als Mandatsgebiete erhalten hätten. Es gelang Chamberlain in lebhaften Verhandlungen die Regierungen der Dominions zu einem Verzicht auf ihre Oppositionsstellung zu bewegen. So war denn Chamberlain während der letzten Junitagung des Völkerbundes in der Lage, im Namen Großbritanniens zu sprechen und zu versichern, daß er keine Bedenken gegen die Schaffung eines Mandatsgebietes für Deutschland hätte. Eine ähnliche Stellungnahme nahm der belgische Außenminister Vandervelde ein, wobei er insbesondere auf die Tatsache hinwies, daß im Budget des Völkerbundes die Ausgaben für ein deutsches Mitglied in der Mandatskommission bereits vorgesehen seien. Auch Vandervelde hat seine Überzeugung in persönlicher Form vorgetragen, da, wie bereits erwähnt, die Frage in Genf nicht offiziell behandelt wurde.

Die Stellung Frankreichs war nicht so klar, obgleich Briand in Genf weder positiv noch negativ sich äußerte, glaubt man dennoch in französischen Kreisen, daß trotz der Dege der rechtsgerichteten französischen Presse die französische Regierung kein Veto gegen eine Deutschland günstige Lösung einlegen werde.

Die japanische Regierung, die gleichfalls als Mandatsmacht in dieser Angelegenheit mitzusprechen hat, hat erklärt, daß sie ihrerseits keine Bedenken gegen die deutschen Ansprüche auf einen Sitz in der Mandatskommission zu erheben habe.

Die italienische Regierung hat, wie von unterrichteter Seite verlautet, sich bereit erklärt, Deutschland ihrerseits einen Sitz in der Mandatskommission zuzugestehen, wenn vorher folgende zwei Bedingungen erfüllt würden:

1. Die Teilnahme Deutschlands an der Mandatskommission dürfte unter keinen Umständen eine Neuverteilung der Mandatsgebiete beeinflussen.
2. Müsse im Falle der Neuverteilung Italien an erster Stelle berücksichtigt werden, selbst wenn es sich um eine der früheren deutschen Kolonien handelt. In Pariser diplomatischen Kreisen rechnet man damit, daß die Mandatsfrage im September in Genf offiziell zur Sprache gelangen und eine für Deutschland günstige Lösung finden werde. In diesem Zusammenhang glaubt man, daß es England gelingen werde, den italienischen Widerstand zu besänftigen.

Der Beschluß der Mandatskommission

Nachrichtungsmanöver des Daily Telegraph.

London, 8. Juli. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph beschäftigt sich gestern erneut mit der Frage der Ernennung eines deutschen Mitgliedes für die Mandatskommission. Die Uneinigkeit unter den Mitgliedern der Kommission sei doch größer gewesen, als man ursprünglich angenommen habe. Die Entscheidung der Kommission für Deutschland sei keine einmütige gewesen. Eine nicht unbeträchtliche Minderheit habe sich der Abstimmung enthalten und ihren Einwand gegen den Anschluß eines deutschen Mitgliedes aus Gründen politischer und administrativer Dringlichkeit zum Ausdruck gebracht. Ob der Völkerbundsrat eine einmütige Haltung annehmen würde, wenn die Frage im September zur Beratung komme, sei eine höchst problematische Frage. Ueberdies werde wahrscheinlich die Völkerbundsversammlung in dieser Angelegenheit missprechen wollen. Der belgische Außenminister Vandervelde habe öffentlich erklärt, daß Belgien keineswegs zu einer für Deutschland günstigen Entscheidung verpflichtet sei. Der deutsche Anspruch habe in belgischen kolonialen Kreisen beträchtliche Unzufriedenheit erregt.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ hat offenbar Befriedigung erhalten, den Eindruck, den der Beschluß der Mandatskommission gemacht hat, durch die Darstellung einer uneinheitlichen Stellungnahme und Zweifel über die Entscheidung des Völkerbundsrates abzuschwächen. Deshalb führt er auch eine frühere Äußerung Vanderveldes an, die durch seine heutige Einstellung überholt ist.

Französische Kongogreuel.

Wer hat die Deffentlichkeit zu scheuen?

Paris, 6. Juli. Wenige Tage, nachdem die französische Kolonial-Gesellschaft beim Generalsekretär des Völkerbundes Einspruch gegen die Aufnahme eines deutschen Vertreters in die Mandatskommission des Völkerbundes erhoben hat, veröffent-

licht der Führer der französischen Sozialdemokraten Blum im „Populaire“ einen Artikel über unmenschliche Behandlung von Eingeborenen im französischen Kongo. Blum erzählt u. a. von einer Strafexpedition gegen ein Eingeborendorf, das nicht die genügende Anzahl Arbeitskräfte für eine private Gesellschaft gestellt hatte. Von dieser Strafexpedition seien 32 eingeborene Männer, Frauen und Kinder unter unmenschlichen Grausamkeiten niedergemetzelt worden.

Eine Sekrede des belgischen Kriegsministers

Berlin, 8. Juli. Wie berichtet, hat der belgische Kriegsminister in der belgischen Kammer Angaben über umfangreiche geheime deutsche Rüstungen gemacht. Sobald der authentische Wortlaut der Ausführungen des Ministers in Berlin vorliegt, wird von zuständiger Berliner Stelle eine Zurückweisung dieser Ausführungen erfolgen. Schon jetzt aber kann erneut gesagt werden, daß sich Deutschland nach wie vor an die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages hält.

Reibereien an der Grenze

Zwei neue französisch-italienische Grenzzwischenfälle.

Paris, 8. Juli. Wie das „Journal“ aus Nizza meldet, haben sich an der französisch-italienischen Grenze zwei neue Zwischenfälle ereignet. Der Schnellzug 23, der Ventimiglia um 17.30 Uhr verläßt, wurde von einer italienischen Grenz-wache gezwungen, nach der Abfahrtsstation zurückzufahren. Außerdem soll eine italienische Abteilung von 30 Mann im Tinetal die Grenze überschritten haben.

Türkisch-jugoslawische Verhandlungen.

Sofia, 6. Juni. Das Blatt Jora meldet heute, daß der Chef des türkischen Generalstabes, Fenzl Pascha, am 12. Juni geheim Sofia passierte. Die Spur seiner Reise habe sich dann in Belgrad verloren. Das Blatt knüpft daran die Vermutung, daß Fenzl Pascha es war, der über ein türkisch-jugoslawisches Militär-bündnis verhandelte und konstatiert, daß Bulgarien einen großen Fehler beging, als es sich nachdem die Türkei sich nach Wien wendete, als es sich nach dem die Türkei sich nach Wien wendete. Dieser Fehler könne sich schwer rächen, denn Bulgarien sei in erster Linie daran interessiert, ob die Türkei auf den Balkan zurückkehrt oder nicht. Jetzt sei jedenfalls die größte Aufmerksamkeit geboten, da sonst unangenehme Überraschungen eintreten könnten.

Deutscher Reichstag

(336. Sitzung.)

Präsident Eobe eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und gedenkt in ehrenvollen Worten des Ablebens des früheren württembergischen Staatspräsidenten Wilhelm Hoes.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzes über

die Arbeitslosenversicherung.

Dazu legen die Regierungsparteien eine Entschließung vor, die die Reichsregierung ersucht, sobald hinreichende Erfahrungen mit der Arbeitslosenversicherung vorliegen, zu prüfen, ob es im Interesse einzelner Gruppen (Landwirtschaft, Angehehlte) liegt und ohne Schaden für die Gesamtversicherung möglich ist, für diese Gruppen Ersatzklassen oder andere Sondereinrichtungen zu schaffen.

Bei der Reichsanstalt soll darauf hingewirkt werden, daß folgende Gruppen von Arbeitsfindenden bevorzugt zur Vermittlung vorgeschlagen werden: 1. Einkommensträger kinderreicher Familien, 2. ältere Arbeiter und Angestellte, 3. Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer, die an der Front gestanden haben und 4. Vertriebene aus den abgetretenen Gebieten, dem Ausland oder den deutschen Kolonien. Weiter soll für das gesamte Arbeitsrecht die Frage geklärt werden, inwieweit der Gartenbau zur Landwirtschaft oder zu den gewerblichen Betrieben zu rechnen ist.

Abg. Grafmann (Sozialdemokrat) gibt nochmals einen Ueberblick über das Gesetz, das im Ausschuss erfreulicherweise manche Verbesserungen erfahren habe. Leider seien manche Unklarheiten bestehen geblieben. Der Redner fordert eine Erhöhung des Unterstützungssatzes für die untersten Stufen. Die höchstbezahlten Qualitätsarbeiter müßten an den Lasten teilnehmen. Zu begrüßen ist, daß es bei diesem Gesetz gelungen ist, den Unterschied zwischen Angestellten und Arbeitern zu überbrücken. Die Sozialdemokratie werde dieses Gesetz annehmen, das einen Fortschritt bedeute.

Abg. Lambach (Dtn.) stellt fest, daß seinerzeit die Kaiserliche Hofkammer die soziale Gesetzgebung eingeführt habe, und daß die Sozialdemokratie sich damals dagegengestellt habe. Erfreulich ist, daß in der vorliegenden sozialpolitischen Frage eine Einheitsfront besteht. Bemerkenswert sei immerhin,

daß auch maßgebende sozialdemokratische Gewerkschaftsführer die Sozialpolitik der sogenannten Bürgerblockregierung rühmend anerkennen müssen. Der Redner stellt fest, daß die Mehrheit der deutschnationalen Fraktion mit dem Fraktionsvorsitzenden für die Vorlage stimmen werde.

Abg. Brüninghaus (Dt. Volksp.) scheidet in der Bestimmung, daß Versorgungsanwärter bei der Anstellung nicht bevorzugt werden dürfen, einen Rückschritt auf dem Gebiet der Militärversorgung. Unsere Reichswehrsoldaten werden nicht nur gedrückt, sondern auch in allen Zweigen der Verwaltung ausgebildet. Ausreichende Versorgung der auscheidenden Reichswehrsoldaten ist ebenso eine staatspolitische Notwendigkeit wie der Bestand der Reichswehr selbst.

Abg. Kädel (Komm.) wendet sich gegen eine Befreiung der Stellen bei den Arbeitsnachweisen mit ehemaligen Offizieren und Unteroffizieren der Reichswehr.

Abg. Stöhr (Nationalsoz.) lehnt die Vorlage ab.

Die Vorlage wird dann in dritter Lesung angenommen. Ebenso die Entschließung der Regierungsparteien. Die namentliche Schlussabstimmung wird zurückgestellt. Es folgt dann die namentliche Schlussabstimmung über den Entwurf eines Kriegsgerätegesetzes. Dabei verlangt Abg. von Graefe (Völk.) die Feststellung einer Zweidrittelmehrheit, da es sich um eine Verfassungsänderung handle, weil in die Reichs-souveränität eingegriffen werde. Ein Antrag Frid (N. Soz.), die Abstimmung in der nächsten Tagung des Reichstages vorzunehmen, wird abgelehnt. Die Vorlage wird mit 349 gegen 44 Stimmen bei acht Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmen geschlossen die Kommunisten, die Nationalsozialisten und die Völkischen. Präsident Eobe stellt fest, daß die Bedingungen für eine Verfassungsänderung erfüllt seien. Der Gesetzentwurf zur Verlängerung des Steuer-milderungsgesetzes geht an den Steueranschluß. Es folgt die zweite Beratung des

Gesetzentwurfes über die Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft

und über die Ratifikation des Washingtoner Abkommens gleichen Inhalts.

Abg. Frau Kemig (Soz.) fordert Ausdehnung des Schutzes auf alle Betriebe, auch in der Hauswirtschaft. Sie beantragt ferner, daß die Befreiung von der Beschäftigung auf acht Wochen vor und nach der Niederkunft erweitert wird.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, daß die vorläufige Nichtanwendung des Gesetzes auf landwirtschaftliche Betriebe nur darauf zurückzuführen sei, daß das Washingtoner Abkommen diese Betriebe herausgelassen habe. In einem besonderen Gesetz werde der Schutz der in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen gesichert werden.

Das Haus nimmt dann die zurückgestellte namentliche Schlussabstimmung über das Arbeitslosenversicherungsgesetz vor. Es ergibt sich die Annahme der Vorlage mit 356 gegen 47 Stimmen bei 16 Enthaltungen. Dagegen stimmten Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Ansprache über das Gesetz zum Schutz der Frau vor und nach der Niederkunft wird dann fortgesetzt.

Abg. Frau Krenndörfer (Komm.) verlangt längere Freizeit für die in Betracht kommenden Frauen. Das Gesetz sichere nicht vollkommen den Schutz der Mutterschaft.

Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) erklärt, auch ohne das Washingtoner Abkommen müsse diese Materie nach den Bedürfnissen in Deutschland geregelt werden. Der Schutz der Frau durch Arbeitsruhe vor der Niederkunft sei auch besonders auf dem Lande notwendig.

Abg. Frau Feusch (Z.) stimmt den Vorlagen zu in der Erwartung, daß bald auch ein Gesetz vorgelegt werde, das sich auf die Landwirtschaft erstreckt.

Die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Streichung der Ausnahme der Fortwirtschaft und der Hauswirtschaft von diesem Gesetz werden mit 204 gegen 145 Stimmen abgelehnt. Die Vorlagen werden unverändert in zweiter und dritter Lesung angenommen. Angenommen wird eine Entschließung der Regierungsparteien auf baldige Vorlegung eines Gesetzes für den Mutterschaftsschutz auf dem Lande.

Ohne Ansprache angenommen wird ein Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der Bewertung des im Falle einer Befähigungsverminderung etwa freierwerbenden Reichseigentums an Wohnsondereinrichtungen die bisherige bewährte Form beizubehalten, die namentlich dafür Sorge getragen hat, daß Handel und Gewerbe im besetzten Gebiet nicht unnötig geschädigt würden. Ebenfalls zur Annahme gelangte ein Antrag, die Befreiung zweiter besetzbarer Stellen durch Wartestandsbeamte schärfer als bisher durchzuführen.

Anatol Wangerin

Ein Roman für jung und alt von Amanda Ksock. (Nachdruck verboten.)

Der erste Blick der Bäuerin fiel auf den leeren Tisch. Da stand ja noch Nig, kei Löffel, kei Teller, kei Schüssel, und ausfuhr war a noch nit. Ja — was sollt denn dös?! Die verwöhnte Herrin runzelte die bodige Stirn und grell freischend lönte ihr Ruf zur Bohnstube hinaus.

„Kathrin, Kathrin — ja, wo steckst nur?“ Keine Antwort.

Apollonia begab sich in die Küche — alles leer. Der Nazi brüllte, als drehte er sich lebendig am Spieß, die Küche brüllten etwas bescheidener, die Säue schlugen robust gegen die Kolben, die Gänse machten den meisten Spektakel. „Der Deihenker — was sollt dös bedeite?“

Die Bäuerin ging bis an die Hofstiege und ließ wieder ihr freischendes: „Kathrin, Kathrin!“ ertönen.

Sie stieg die Leiter zum Speicher hinauf, doch als auch von hier auf ihr „Kathrin, Kathrin“ alles still blieb und auf dem ganzen Speicher von der Gefuchten nichts zu erblicken war, kletterte sie so flink, wie noch nie in ihrem Leben, wieder hinab, lief zurück in die Schlafkammer und erweckte den Tobi durch einen Faustpuff auf die Schulter.

Ehe der Bauer noch dazu kam, sich dergleichen kleine Schelmereien zu verbitten, gelste schon die Donnerbotschaft in sein Ohr: „Die Kathrin is weg!“

Nach etlichen Sekunden lautlosen Schweigens bewegte der Bauer seine gigantischen Glieder und stand endlich schwerfällig auf den mächtigen Füßen.

„Was sechst?“ stieß er trocken hervor, den Blick plötzlich wild und gereizt auf sein Weib richtend, „die Kathrin wär weg?“

„Ja, die Kathrin is weg, i hab sie scho iberall sucht, die Wesseimer stehn noch leer in der Kich; dös Vieh brüllt wie nit g'scheit.“

„Schaff mi' das Mädel retour,“ rief er drohend, „denn

du bist schuld, wann sie fort is; alles hat sie allei' schaffe misse, und tränkst hascht sie a als fort!“

„Und du,“ zischte sie, „hascht bis in d' Nacht im Rebstock fesse, und die Pfochte hat sie allei' ei'ramme misse, desentwege is sie derweg!“

„Hältst dei Gofche? Is mi das Mädel bis heint abend nit wieder da, na' kannst was erlebe, und hinnenach fliegt a noch zum Hof' nous!“

Sorgenbeladen ging sie hinaus, sich an die vielen, nun auf sie wartenden Berrichtungen zu begeben.

Um neun Uhr trat unerwartet ein fremder Mann in den Hof.

Tobi, nach zweifelhändigem, zwecklosem Brüten sich wieder erhebend, um durch ein größeres Frühstück den frei in der Brust umherjagenden Harm räumlich zu beschränken, sah den Ankömmling durch das Seitenfenster und ging hinaus.

„No — was wollen's?“ fragte er mürrisch den Fremdling.

„Mein Name is Selinke, ich möchte meine Tochter, die Katharina, besuchen.“

Der Bauer fiel mit einemmal vom hohen Pferd herunter. Dös war ihr Vater — Jessas, Jessas — und jetzt kam der g'rad, wo das Mädel verschwunde war. No — er secht's mal nit, dös tonnt die Beierin. „Doni!“ rief er bislig.

Die Bäuerin erschien auf der anderen Seite hinter dem Hause.

„Dös is der Vatter von der Kathrin, er will sei Tochter besuche. Hascht's g'heert?“

Apollonia erschrak ebenfalls, indessen ist das Weib in verhänglichen Momenten meist couragierter als der Mann, und sich lassend, antwortete sie ziemlich prompt:

„Die Kathrin könnt Ihr nit sehe, die is derschwunde, mir wisse a nit, wohi, gestern abend war sie noch da.“

„Hab ich mir's doch jedacht,“ murmelte Selinke, „daß die schließlich dumme Streiche machen würde. O, das is mir recht sehr unangenehm.“ versekte er geniert, „die Jugend is eben insgesamt heutzutage verdorben. Hätten Sie das Mädelchen nur'n bißchen länger gehalten, ich schried Ihnen

noch, Sie möchten Sie mit dem Stod vom Tanzboden heimholen.“

„Unse Kathrin is nie auf'n Tanzboden gange!“ sagte Tobi entrüstet, „dazu war sie viel zu schei — die griff kane Mannsleit nit an.“

„Das is nu jleich, dann hat sie anderswo einen kenne jelernt, mit dem sie davonjengan is. Wenn haben Sie denn meine Tochter zuletzt jesehen und unter welchen Umständen?“

Der Heizer war ein ganz forscher, statischer Mann in „No, gestern abend,“ sagte Tobi; „i schickt sie in den Rebstock, a Maß Bier jhole. Sie blieb aber recht lang aus, sie secht, sie hätt a fremde Mann den Weg nach Maindorf wiese, und dann ging sie 'nauf und we' in ihr Bett.“

„Um welche Zeit war das?“ fragte Selinke betroffen.

„Na, so um zeh'n wird's g'wese sei.“

Der Heizer erzählte sein Zusammentreffen mit Anatol, und wie ihn das Mädelchen in ein fremdes Dorf, angeblich nach Rutenstein, geschickt. Sie hätte einen Bierfrug mit Zimmedel in der Hand gehabt, er habe dies im Vorübergehen bei dem Lichtschein gesehen, welcher aus den Fenstern des Wirtschaftshauses herausgefallen sei.

„Ja, ja, dös wär sie, dös war unse Kathrin, kane andre nit,“ rief Tobi erregt.

Der Heizer wußte gar nicht, was er sagen sollte; die ganze Geschichte kam ihm wie ein Rätsel vor.

„Wissen Sie, meine lieben Leute, begann er, „das muß eine andere Katharina sein, meine Tochter war ein ganz einfaches Mädelchen, die wird dann wohl bei einem andern Bauern Schäflein hier in Rutenstein dienen. Warum nun aber —“

„Ah bah,“ unterbrach ihn Apollonia, „die Kathrin is Euer Mädel, kommt doch mit 'nauf in ihre Schlafstube, da steht ihr Koffer, den müßt Ihr doch kenne, noch a Schäflein in Rute'leit' gib't nit.“

Alle drei begaben sich nach oben.

„Das ist natürlich unser Koffer,“ bestätigte Selinke, „ich kann Ihnen auch alles sagen, was drinn sein wird.“

Ein Gesetzentwurf der Regierungsparteien auf Verlängerung des Gesetzes über Einstellung des Personalabbaues bis zum 31. Juli 1928 wird in zweiter Lesung angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 13 Uhr, mit der Tagesordnung: Zweite Lesung der Zollvorlagen.

Abg. Haas (Dem.) beantragt, auch die Interpellation seiner Fraktion über die Liquidationsgeschädigten auf die Tagesordnung zu setzen.

Reichsfinanzminister Kähler erklärt, daß die Regierung diese Interpellation noch nicht beantworten könne.

Ein demokratischer Antrag, die Interpellation trotz dieser Erklärung zu besprechen, wird abgelehnt. Schluß 19 Uhr.

Der Reichstag vertagt sich bis September

Berlin, 8. Juli. Der Vizepräsident des Reichstages einigte sich gestern dahin, daß der gegenwärtige Tagungsabschnitt am Samstag dieser Woche zu Ende gehen soll.

Der Plauener Prozeß

Plauen, 8. Juli. Am gestrigen Donnerstag wurde in dem Plauener Verurteilungsprozeß Stresemann-Müller die Beweisaufnahme mit der Vernehmung des Zeugen Hellwig, der Angestellter der Treuhändergesellschaft war, fortgesetzt.

Ein scharfer Zusammenstoß im Plauener Prozeß

Plauen, 8. Juli. Im Stresemannprozeß erklärte Litwin weiter, daß Stresemann von dem Konto „S. Gubav“ nichts gewußt habe.

Er sei Jude aber nicht Ostjude, sondern Deutscher. Als der Vorsitzende auf den Beweisanspruch der Verteidigung aufmerksam macht, daß Litwin unter Zurücklassung von Schulden nach Deutschland eingewandert sei, erklärt Litwin, es seien so viele Unwahrheiten über ihn verbreitet worden, daß er gar nicht wisse, wo er anfangen solle.

Baden.

Badischer Landtag

Aus dem Haushaltsausschuß des Badischen Landtags. Karlsruhe, 7. Juli. Der Haushaltsausschuß führte heute die Beratungen des Nachtrages zum Staatsvoranschlag mit der Erledigung des Titels „Wasser- und Straßenbau“ zu Ende.

Für den Binnenflußbau wurde eine Nachforderung von 83.800 Mark genehmigt, für die Instandsetzung der Landstraßen zur Durchführung des außerordentlichen Bauprogramms weitere zwei Millionen Mark und für die Staatsunterstützung für Kreisstraßen und Gemeindegewege 50.000 Mark.

partei wird verlangt, daß der Steuerfuß für das Grundvermögen auf 180 Hundertteile herabgesetzt, der des Betriebsvermögens auf 280 Hundertteile erhöht und der für den Gewerbeertrag auf 150 Hundertteile ermäßigt wird.

Beim Zentrumsredner begründet diesen Zentrumsantrag und wünscht die Herabsetzung des Verhältnisses von 60 zu 40 zwischen Steuer- und Betriebsvermögen und Gewerbeertrag, wie es vor einem Jahr bei der Aenderung des Grund- und Gewerbesteuerertrages beabsichtigt war.

Im Jahre 1927 seien Mehreinnahmen zu erwarten, da die Holzpreise sehr stark gestiegen seien, weiter bei den Domänen, da in dem Staatsvoranschlag 400.000 Mark weniger eingezeichnet als tatsächlich eingegangen seien.

Ein Zentrumsredner begründet diesen Zentrumsantrag und wünscht die Herabsetzung des Verhältnisses von 60 zu 40 zwischen Steuer- und Betriebsvermögen und Gewerbeertrag, wie es vor einem Jahr bei der Aenderung des Grund- und Gewerbesteuerertrages beabsichtigt war.

Im Jahre 1927 seien Mehreinnahmen zu erwarten, da die Holzpreise sehr stark gestiegen seien, weiter bei den Domänen, da in dem Staatsvoranschlag 400.000 Mark weniger eingezeichnet als tatsächlich eingegangen seien.

Hierzu wurde mitgeteilt, daß diese von dem volksparteilichen Redner behaupteten Reserven im Staatsvoranschlag nicht bestünden.

441 Mark für Holzhauposten, 280.000 Mark Mehraufwand für Versicherungen, 315.000 Mark Mehraufwand für Gemeindesteuer und 190.000 Mark für Kompetenzen.

Der Arbeitsplan des Badischen Landtags. Karlsruhe, 8. Juli. Der Badische Landtag wird am nächsten Dienstag, den 12. Juli, voraussichtlich vormittags 9 Uhr zusammentreten.

Schweres Eisenbahnunglück im Harz. Berlin, 7. Juli. (Funkpruch.) Nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion Berlin hat sich am Mittwoch nachmittags 17 Uhr auf der Harz Querbahn in der Nähe der Station Drei Ansenhohne ein schweres Eisenbahnunglück ereignet.

Gegen 13 Uhr trat im nördlichen Harzgebiet eine Unwetterkatastrophe ein, die in kurzer Zeit den Thumtulenbach in einem reißenden Strom aufschwellen ließ.

Was Augenzeugen berichten

Frankfurt a. M., 8. Juli. Von einem Augenzeugen, der die Fahrt mit dem verunglückten Brodenzug gemacht hat, wird uns noch folgende kurze Schilderung gegeben:

Der Brodenzug fuhr kurz nach 8 Uhr von Drei-Ansenhohne bergab in Richtung Steinerne Renne. In der Mitte zwischen beiden Stationen befindet sich ein längerer Tunnel. Der Zug hatte diesen Tunnel gerade passiert, als die Lokomotive plötzlich ins Aufsteigen geriet und bei einer Biegung aus den Gleisen sprang.

der Wagen, auf dem ich stand, zur Seite und kippte um. Nachdem ich mich aufrichtet hatte, sah ich, was passiert war. Das Umsinken des Wagens, in dem ich mich befand, hatte glücklicherweise verhindert, daß die weiteren fünf Wagen, die alle voll besetzt waren, ebenfalls die Böschung hinabstürzten.

Eine Familientragödie in Duisburg

Duisburg, 8. Juli. In der Wohnung des Steigers Kirchsbaum in Duisburg-Beed fanden am Mittwochmorgen Hausbewohner die Ehefrau des Steigers, deren fünfjährigen Sohn und ihre dreizehn Jahre alte Tochter mit zertrümmerten Schädelbeden blutüberströmt im Bette auf.

Die Bluttat in Duisburg. Duisburg, 8. Juli. Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß der Steiger Kirchsbaum als Täter bei dem Mordversuch an seiner Ehefrau und seinen beiden Kindern in Frage kommt.

Der Mörder Kirchsbaum verhaftet. Duisburg, 8. Juli. Der Steiger Kirchsbaum, der seinen Sohn getötet und seine Frau und seine Tochter lebensgefährlich verletzt hat, ist gestern mittag in einem Straßenbahnwagen verhaftet worden.

Ein Liebespärchen angeschossen.

Karlsruhe, 8. Juli. Bei den Schießständen im Scheibenharter Wald gab am Mittwochabend ein Jagdausscher von hier, welcher auf einen Fuchs schießen wollte, aus seiner Jagdflinte einen Schrotkugeln ab. Er traf dabei ein Liebespärchen, das in der Nähe des Fuchsbauers derart im Dickicht am Boden lag, daß er es angeblich nicht sehen konnte.

Schwerer Autounfall.

Mainz, 6. Juli. Ein schweres Autounfall, dem zwei Mainz-er zum Opfer fielen, ereignete sich gestern nachmittag auf der Straße vom Chausseehaus nach Goldendorf in der Nähe des Kaufmannsberghausheimes.

Riesenfeuer in Atlantic-City.

Newport, 6. Juli. In Atlantic-City wurden durch ein Riesenfeuer in der Nähe des Strandes vier Hotels und acht Vergnügungspaläste eingeeäschert.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 8. Juli. (Jugendstift Sinsheim.) In Gegenwart des Herrn Staatspräsidenten und des Beirats der Anstalt sowie einer Anzahl geladener Gäste wurde gestern das neu erbaute Pestalozzi-Haus seiner Bestimmung übergeben.

* Sinsheim, 8. Juli. (Voricht bei Käufen auf Abzahlung.) Daß man auf Abzahlung gekaufte Sachen nicht veräußern darf, als ob man unbeschränkter Besitzer wäre, weiß wohl ein jeder, oder er könnte es wenigstens wissen, denn die Abzahlungsge- schäfte behalten sich vor, daß sie das Eigentumsrecht haben, bis der letzte Pfennig bezahlt ist.

* Sinsheim, 7. Juli. (Die Ernteaussichten) unserer Gemeinde können im allgemeinen als gut bezeichnet werden, wenn auch die Kirchenernte nicht den Erwartungen entsprechen hat.

* Hüffenhardt, 7. Juli. (Das Kriegerdenkmal.) Die Arbeiten für das Kriegerdenkmal wurden vergangene Woche ver-

geben. Das Denkmal wird anfangs September zur Aufstellung gelangen.

** Heppenheim (bei Weinheim), 8. Juli. (Wegen eines Pubikopfes irrtümlich geworden.) Eine 40jährige Ehefrau von hier ließ sich einen Pubikopf schneiden, ohne daß ihr Mann etwas davon wußte. Als die Frau zu ihrem Manne zurückkehrte, geriet dieser in eine solche Erregung, daß er in Tobfucht verfiel und die ganze Wohnungseinrichtung zertrümmerte. Es mußten drei Wärter aus der hiesigen Heil- und Pflegeanstalt herbeigeholt werden, die den Tobfichtigen unter großer Mühe in die Anstalt brachten.

** Wiesloch, 8. Juli. (Streik.) Am Mittwoch sind die Arbeiter der Tonwarenindustrie in den Streik getreten.

** Forst bei Bruchsal, 8. Juli. (An der Hochspannung hängen geblieben.) Am Mittwoch ist bei einem Umbau der Mauer Wilhelm Hartmann an der elektrischen Leitung hängen geblieben. Er hatte auf dem Dache zu schaffern und hat sich durch Ausgleiten an einen Leitungsdraht gehalten. Durch den Schreck hat er noch die andere Leitung erfaßt und so wurde durch seinen Körper Kurzschluß hergestellt. Er hat glücklicherweise keine schweren Verletzungen erlitten.

** Karlsruhe, 8. Juli. Berufung an das Landeskonservatorium. Der als Gesangslehrer bisher in Freiburg wirkende Herr von Puttkammer wird einem Ruf an das Landeskonservatorium hier Folge leisten.

** Bühl, 8. Juli. (Gewitter.) Mittwochnacht ging über Mittelbaden ein schweres Gewitter nieder, wie wir es seit Jahren nicht beobachtet haben. In der elektrischen Stromzufuhr entstand durch Blitzschlag eine stundenlange Störung.

** Haslach i. N., 8. Juli. (Diebstahl in der Mariengrotte.) Aus der Mariengrotte am Heiligen Brunnen wurde die kupferne Ampel gestohlen. Die Ampel besaß erheblichen Altertumswert. Von dem Täter hat man bisher noch keine Spur.

** Willingen, 8. Juli. (Fünf Jahre Zuchthaus für einen Wüstling.) Von dem hier tagenden Schöffengericht Konstanz wurde ein Wüstling zu nicht weniger als fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, in der Person des 27jährigen Gelegenheitsarbeiters Heinrich Port aus Wiberach bei Reutlingen. Derselbe hatte dieses Frühjahr an drei Frauen in der Umgebung von Willingen Notzuchtverbrechen verübt, sowie ein sechsjähriges Schulmädchen aus Unterfrank in unzüchtlicher Weise angegriffen.

** Durbach, 8. Juli. (Kampf gegen Heuwurm.) Die Reben haben in den meisten Lagen verblüht. Das Wetter war teilweise zu kalt und zu naß, und so hat der Heuwurm bereits großen Schaden anrichten können. Die Winzer haben den Kampf gegen die Rebschädlinge und -Krankheiten in einem Maße wie nie zuvor aufgenommen.

** Freiburg i. Br., 8. Juli. (Brand.) Mittwochmorgen brach auf dem Klausenhof in St. Peter Feuer aus. Dem rasch um sich greifenden Feuer fielen Wohnhaus und Scheune, sowie große Heuvorräte und fünfzehn Schweine zum Opfer. Das Großvieh und die Pferde konnten gerettet werden. Der Besitzer hatte den Hof erst vor zwei Jahren für 20.000 Mark neu herrichten lassen. Als Ursache nimmt man Brandstiftung an. Ein Hirtenjunge wurde verhaftet.

** Triberg, 8. Juli. (Kreisratssitzung.) Am Mittwoch fand in dem neu hergestellten Rathausaal in Triberg die Kreisratssitzung statt. Der vom Kreisrat genehmigte Vorschlag für die Kreisstraßen beträgt 146.950 Mark. Der Umbau einer Brücke soll vorläufig noch zurückgestellt werden. Der Aufwand für die Kreisstraßen noch zurückgestellt werden. Der Aufwand für die Kreisstraßen beträgt nach dem genehmigten Vorschlag für den persönlichen Aufwand 130.000 Mark.

** Mandern, 8. Juli. Beim Kirchenbrechen abgefaßt. Gestern vormittag kürzte beim Kirchenbrechen der verheiratete August Webel auf die Hermerstraße hinunter. Er mußte in bewußtlosem Zustande vom Platze getragen werden. Sein Zustand ist ernst.

** Mimmelsheim, 8. Juli. (Schwerer Motorradunfall.) Der Inhaber der Bahnhofskaffeehandlung Karl Mayer, wurde in der scharfen Kurve am Kissenweiber in schwer verletztem Zustande neben seinem Motorrad aufgefunden. Außer einer schweren Gehirnerschütterung hatte der Verunglückte auch andere Verletzungen, die wohl auf einen Sturz vom Rade zurückzuführen sein dürften, erlitten.

** Mefisch, 8. Juli. (Die Johannesstatue auf dem Zigeunermagen.) Bei der Festnahme einer Zigeunerbande, die kürzlich in der Nähe von Donauschingen erfolgte, wurde auch in einem Wagen eine wertvolle, aus Holz geschnitzte, etwa 30 Zentimeter hohe Johannesstatue entdeckt. Die Figur besitzt Kunst- und Altertumswert. Man glaubt, annehmen zu dürfen, daß die Statue aus einer Kapelle oder einem Privathaus der hiesigen Gegend, die von den Zigeunern durchgekreuzt wurde, entwendet worden ist.

** Rheinfelden, 8. Juli. In der vergangenen Nacht brannte in schneidiger Rheinfelden das Haus des Wauers Hübel bis auf den Grund nieder. Es gelang der Feuerwehr, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Man nimmt an, daß der Brand durch Blitzschlag verursacht wurde, da während der letzten Nacht hier ein heftiges Gewitter niedergegangen ist.

** Speyer, 8. Juli. (Bootsunglück.) Ein mit zwei Personen besetztes Paddelboot stieß gegen ein Brückenponton. Dabei führten beide Insassen ins Wasser. Während sich einer, namens Müller, retten konnte, ertrank der Regierungsreferendar Dipl. Ing. Franz Winter. Der Ertrunkene stammt aus Bamberg und war 32 Jahre alt.

** St. Ingbert, 8. Juli. (Das versinkende Dorf.) Die rücksichtslose Ausbeutung der hiesigen Gruben durch die französische Grubenverwaltung zeitigt immer schwerere Folgen. Besonders heimgefurcht wird der Ort Schnappach bei Sankt Ingbert. Ganze Ortsteile versinken mehr und mehr. Zahlreiche Häuser mußten bereits niedergelegt werden, da Einsturzgefahr bestand. In anderen Häusern mußten die Wohnungen geräumt werden. Mit der Räumung des gesamten Ortes muß über kurz oder lang gerechnet werden.

** Sinsheim, 8. Juli. (21 Bienenvölker vergiftet.) Unbekannte Täter vergifteten dem Bienenzüchter Appel eine Anzahl Bienenvölker. Bis jetzt sind 21 Bienenvölker eingegangen, wodurch der Besitzer einen Schaden von über 2000 Mark erlitt.

** Weßheim, 8. Juli. (Vom eigenen Fuhrwerk totgefahren.) Der Fuhrmann Schnäbele von hier geriet auf der Heimfahrt zwischen Ringelbühl und hier unter sein Fuhrwerk, so daß er schwere Verletzungen erlitt. Der Verunglückte mußte durch die Sanitätskolonne von Germersheim sofort in das dortige Krankenhaus überführt werden und starb unmittelbar darnach.

** Untertürkheim b. Stuttgart, 8. Juli. (Selbstmord zweier junger Mädchen.) Aus dem Redar wurden die Leichen zweier junger Mädchen gelandet. Es handelt sich um zwei Mädchen im Alter von 16 und 17 Jahren, die eine in Stuttgart, die andere in Cannstatt wohnhaft. Beide waren Lehrmädchen in ein und demselben Damenkleidergeschäft in Stuttgart. Am 28. Juni, abends gegen 11 Uhr, wurden die Leichen in der Nähe der Unglücksstelle noch einmal gesehen. Sie waren von Cannstatt gekommen. Dort hatten sie einen Brief an ihre Eltern aufgegeben. Die Mädchen hatten sich mit dem Gürtel einer Windjacke an den Armen aufhängen lassen. Der Grund, der die Mädchen zu ihrer Tat veranlaßt hatte, ist noch in Dunkel gehüllt.

Der erkrankte Großherzog von Baden



Im Befinden des Großherzogs Friedrich von Baden, der am 9. Juli seinen 70. Geburtstag feiert, ist eine ernsthafte Verschlimmerung eingetreten.

Radio-Programm

- für Samstag, den 9. Juli 1927. Berlin (483), Königsplatz (1250), 20.30 Uhr: 'Ein Abend am Halensee'. 22.30 Uhr: Tanzmusik. Breslau (315), 20.25 Uhr: 'Die Matrone von Ephesus', Lustspiel v. G. E. Lessing. 21.00 Uhr: Heiteres Konzert. 22.30 Uhr: Mit dem Mikro in Schles. Bädern. Frankfurt (428), 15.30 Uhr: Jugendstunde. 16.30 Uhr: Konzert. 17.45 Uhr: Leselektüre. 18.15 Uhr: Der Briefkasten. 18.45 Uhr: Vorträge. 20.15 Uhr: 'Erdegeist'. Eine Tragödie v. F. Wedekind. Anschl. Uebertragung a. d. Langklausen-Orch.-Frankfurt. Hamburg (394), 20.00 Uhr: 'Brüderlein fein'. 21.15 Uhr: Sommerabendstunde der Horag. Anschl. Uebertragung d. Konzerts a. d. Cafe Continental. Königsberg (329), 19.15 Uhr: Geistliche Lieder und Arien. 20.10 Uhr: Heiteres Wohngeschehen. 23.30 Uhr: Tanzmusik. Langenberg (468), 20.00 Uhr: Köln: Kammermusik. 21.20 Uhr: 'Was man auf Reisen alles erleben kann!'. Lustiger Abend. Anschl. Konzertübertragung a. d. Cafe Corjo. Leipzig (365), 20.00 Uhr: 'Mignon', Oper, Musik v. F. Thomas. München (535), 19.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. 21.15 Uhr:

- Gustav Jakob: 'Wenn der Frühling am Rhein nicht wär'. Eine lustige Stunde in Wort und Lied. 22.35 Uhr: Tanzmusik. Stuttgart (379), 13.15 Uhr: Schallplattenkonzert. 15.00 Uhr: Kinderstunde. 16.00 Uhr: Unterhaltungskonzert. 18.15 Uhr: Vorträge. 19.30 Uhr: Festkonzert anläßl. d. 110jährigen Stiftungsfestes des Musikvereins Schwab.-Hall. 21.30 Uhr: Funkbrettel. 23.00 Uhr: Uebertragung a. Frankfurt. Davenport (1600), London (361), 17.15 Uhr: Kinderstunde. 19.15 Uhr: Beethoven's Sonaten. 19.45 Uhr: Konzert. 20.30 Uhr: Sinter Abend. 21.35 Uhr: Sendespiel: 'Paris ruft'. 22.35 Uhr: Tanzmusik. Paris (1750), 12.30 Uhr: Radiokonzert. 16.45 Uhr: Radiotanzmusik. 20.30 Uhr: Konzert. Wien (517), 20.15 Uhr: Wien und die Wiener in Lied und Tanz. Anschl. Abend-Tanzkonzert. Zürich (494), 20.00 Uhr: Populärer Abend. Prag (348), 20.10 Uhr: Unterhaltungsmusik. 21.00 Uhr: Operettenmusik.

Radio-Vertrieb E. Schick, Uhrmachermeister, Sinsheim a. E.

Dr. Selbst-Vertrieb - Lager in Telefunken-Röhren, Knoden - Batterien - sämtlichen Ersatzteilen, Volta-Akkumulatoren-Reparatur. - Telefon 19.

Marktberichte.

Mannheimer Lebensmittelmarkt vom 7. Juli. Erfreulich war heute wieder die reiche Besichtigung des Marktes mit Blumen. Weniger erfreulich war, daß namentl. die Obstpreise sehr angezogen haben. Eine böse Uebertragung für die Hausfrauen, die sich für den Winter mit Obst eindecken wollen. Erdbeeren erreichten den Preis von 1 Mk., Kirsdorn kosteten 45-65, Stachelbeeren 20-50 Pfennig, wesentlich billiger waren Johannisbeeren. Von Gemüsen wurden angeboten: Wirsing, Weißkraut, neuer Kohlkohl und Tomaten; die waren etwas billiger geworden. Teurer dagegen der Salat. Eier waren mit 8-15 Pfg. anzutreffen, Landbutter mit 1,50 bis 2,20 Mark. Kartoffeln kosteten 15-17 Pfennig.

Table with 2 columns: Product Name and Price per 100 kg. Includes items like Weizen, Roggen, Hafer, Mais, etc.

Mannheimer Kleinviehmarkt. Dem Kleinviehmarkt am Donnerstag waren zugetrieben: 56 Kälber, 1 Schaf, 245 Schweine, 760 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurden pro 50 Kilo Lebendgewicht in Reichsmark: Kälber 72-76, 66-70, 60-64; Schafe -; Schweine 57-59, 58-60, 60-62, 59-60, 58-59; Ferkel und Läufer 7-23, Reichsmark pro Stück. Marktverlauf: mit Kälbern ruhig, langsam geräumt; mit Schweinen ruhig, Ueberstand; mit Ferkeln und Läufern ruhig.

Schweinemarkt in Bruchsal vom 6. Juli 1927. Angefahren wurden: Milchschweine 197, Läufer 37. Verkauf wurden: Milchschweine 197 Käufer 30. Höchster Preis für Milchschweine Paar 30.-, für Käufer 56.- RM. Häufigster " " " " 24.- " " 50.- " Niedrigster " " " " 18.- " " 45.- "

Neueste amtliche Kurse vom 7. Juli 1927.

Table of exchange rates and prices for various goods like flour, oil, and other commodities.

Advertisement for Sommer-Kleider (Summer Clothes) by E. Speiser, listing various dress styles and prices.

Advertisement for Sagerraum (Storage Space) and Kristall-Zucker (Crystal Sugar) by Richard Wagner-Drogerie.

Advertisement for Warnung (Warning) about counterfeit Franck coffee, featuring an image of a coffee mill.

Advertisement for Der Schlüssel zum Erfolg (The Key to Success) featuring an image of a key.